

No. 32828

**AUSTRIA
and
LATVIA**

**Agreement concerning the encouragement and protection of
investments. Signed at Riga on 17 November 1994**

Authentic texts: German and Latvian.

Registered by Austria on 1 May 1996.

**AUTRICHE
et
LETTONIE**

**Accord relatif à l'encouragement et à la protection des inves-
tissements. Signé à Riga le 17 novembre 1994**

Textes authentiques : allemand et lettonien.

Enregistré par l'Autriche le 1^{er} mai 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK LETTLAND ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN SCHUTZ VON INVESTITIONEN

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE REPUBLIK LETTLAND.

im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt.

VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen;

IN DER ERKENNTNIS, daß die Förderung und der Schutz von Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme solcher Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen leisten können.

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

ARTIKEL 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) umfaßt der Begriff „Investition“ alle Vermögenswerte, und insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Zurückbehaltungsrechte, Pfandrechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;
- b) Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Unternehmen;
- c) Ansprüche auf Geld, das übergeben wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf eine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;
- d) Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte wie Erfinderpateute, Handelsmarken, gewerbliche Muster und Modelle sowie technische Verfahren, Know-how, Handelsnamen und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen für die Aufsuchung, den Abbau oder die Gewinnung von Naturschätzen;

(2) bezeichnet der Begriff „Investor“ in bezug auf die Republik Österreich

- a) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit der Republik Österreich besitzt und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- b) jede juristische Person oder Personengesellschaft, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Republik Österreich geschaffen wurde, ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Österreich hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

in bezug auf die Republik Lettland

- a) jede natürliche Person, die den Status eines Staatsangehörigen der Republik Lettland in Übereinstimmung mit deren Gesetzen besitzt und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- b) jede juristische Person, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Republik Lettland geschaffen wurde, ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Lettland hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

(3) bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, und insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte;

(4) umfaßt der Begriff „Enteignung“ auch die Verstaatlichung oder jede sonstige Maßnahme mit gleicher Wirkung.

ARTIKEL 2

Förderung und Schutz von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese Investitionen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Investitionen gemäß Artikel 1 Abs. 1 und ihre Erträge genießen den vollen Schutz dieses Abkommens. Gleiches gilt, unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1, im Falle einer Wiederveranlagung solcher Erträge auch für deren Erträge. Die rechtliche Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition hat in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung jener Vertragspartei zu erfolgen, in deren Hoheitsgebiet die Investition getätigt wurde.

ARTIKEL 3

Behandlung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen nicht weniger günstig als Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(2) Die Bestimmungen gemäß Absatz 1 können nicht dahin gehend ausgelegt werden, daß sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privileges einzuräumen, welcher sich ergibt aus

- a) einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft;
- b) einem internationalen Abkommen, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen;
- c) einer Regelung zur Erleichterung des Grenzverkehrs;
- d) einer Inländergleichbehandlung, welche eine Vertragspartei im Hinblick auf ein bilaterales Abkommen über die Förderung und den Schutz von Investitionen mit einem Drittstaat gewährt hat.

ARTIKEL 4

Entschädigung

(1) Investitionen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse, auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß ohne ungebührliche Verzögerung geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz jenes Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Investition durchgeführt wurde, zu verzinsen; sie muß in frei konvertierbarer Währung erfolgen und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein.

(2) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft, die in Anwendung von Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens als eine Gesellschaft dieser Vertragspartei anzusehen ist, und an welcher ein Investor der anderen Vertragspartei Anteilsrechte besitzt, so wendet sie die Bestimmungen des Absatzes 1 dergestalt an, daß die angemessene Entschädigung dieses Investors sichergestellt wird.

(3) Dem Investor steht das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

(4) Dem Investor steht das Recht zu, die Höhe der Entschädigung und die Zahlungsmodalitäten entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 8 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

ARTIKEL 5

Transfer

(1) Jede Vertragspartei gewährt den Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich.

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Investition;
- b) von Beträgen, die zur Abdeckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Investition bestimmt waren;
- c) der Erträge;
- d) der Rückzahlung von Darlehen;
- e) des Erlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;
- f) einer Entschädigung gemäß Artikel 4 Absatz 1 dieses Abkommens.

(2) Die Zahlungen gemäß diesem Artikel erfolgen zu den Wechselkursen, die am Tage der Transferzahlung im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, von der aus der Transfer vorgenommen wird, gelten.

(3) Die Wechselkurse werden entsprechend den Notierungen an den im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei befindlichen Börsen bzw. subsidiär von dem jeweiligen Bankensystem im Hoheitsgebiet jeder der Vertragsparteien festgelegt. Die Bankgebühren werden gerecht und angemessen sein.

ARTIKEL 6

Eintrittsrecht

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hiezu ermächtigten Institution ihrem Investor Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 8 dieses Abkommens und der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9 dieses Abkommens, die Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Rechte zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 und Artikel 5 dieses Abkommens sinngemäß.

ARTIKEL 7

Andere Verpflichtungen

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewährt ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei hält jede vertragliche Verpflichtung ein, die sie gegenüber einem Investor der anderen Vertragspartei in bezug auf von ihr genehmigte Investitionen in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

ARTIKEL 8

Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

(1) Entstehen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition, so werden diese so weit wie möglich zwischen den Streitparteien freundschaftlich beigelegt.

(2) Im Falle, daß beide Vertragsparteien Mitglieder des Washingtoner Abkommens vom 18. März 1965 (ICSID) sind, finden die folgenden Bestimmungen Anwendung:

Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von drei Monaten ab einer schriftlichen Mitteilung hinreichend bestimmter Ansprüche beigelegt werden, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei zur Durchführung eines Vergleichsverfahrens oder eines Schiedsverfahrens dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten unterbreitet, welches durch die Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten, die am 18. März 1965 in Washington zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, geschaffen wurde. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen der Vertragspartei und dem Investor durch dieses Abkommen unwiderruflich im vorhinein zu, solche Meinungsverschiedenheiten dem Zentrum zu unterbreiten und den Schiedsspruch als bindend anzuerkennen. Diese Zustimmung beinhaltet den Verzicht auf das Erfordernis, daß das innerstaatliche Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erschöpft worden ist.

(3) Im Falle, daß eine der Vertragsparteien nicht Mitglied der in Absatz 2 genannten Konvention ist, finden die folgenden Bestimmungen Anwendung:

Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von drei Monaten ab dem Erhalt einer schriftlichen Mitteilung hinreichend bestimmter Ansprüche beigelegt werden, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei durch ein Schiedsverfahren nach der UNCITRAL-Schiedsgerichtsordnung in der zum Zeitpunkt des Antrages auf Einleitung des Schiedsverfahrens für beide Vertragsparteien zuletzt gültigen Fassung von drei Schiedsrichtern entschieden. Die Vertragspartei unterwirft sich auch dann dem genannten Schiedsgericht, wenn keine diesbezügliche Schiedsvereinbarung vorliegt.

(4) Der Schiedsspruch ist endgültig und bindend; er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt; jede Vertragspartei stellt die Anerkennung und Durchsetzung des Schiedsspruches in Übereinstimmung mit ihren einschlägigen Rechtsvorschriften sicher.

(5) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, macht in keinem Stadium des Vergleichs- oder Schiedsverfahrens oder der Durchsetzung eines Schiedsspruches als Einwand geltend, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund einer Garantie eine Entschädigung bezüglich aller oder Teile seiner Verluste erhalten habe.

ARTIKEL 9

Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit wie möglich, durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so wird sie auf Antrag einer der Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall wie folgt gebildet: jede Vertragspartei bestellt ein Mitglied und beide Mitglieder einigen sich auf einen Staatsangehörigen eines dritten Staates als Vorsitzenden. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende innerhalb von weiteren zwei Monaten zu bestellen.

(4) Werden die in Absatz 3 festgelegten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert diese Funktion auszuüben, so kann der Vizepräsident, oder im Falle seiner Verhinderung, das dienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes unter denselben Voraussetzungen eingeladen werden, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht beschließt seine eigene Verfahrensordnung.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund dieses Abkommens sowie auf Grund der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit; der Schiedsspruch ist endgültig und bindend.

(7) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer rechtlichen Vertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht kann jedoch in seinem Schiedsspruch eine andere Kostenregelung treffen.

ARTIKEL 10

Anwendung dieses Abkommens

Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben oder vornehmen werden. Es findet jedoch keine Anwendung auf Investitionen, die vor dem 1. Jänner 1956 getätigt wurden, außer wenn es zwischen den Vertragsparteien ausdrücklich vereinbart wurde.

ARTIKEL 11

Inkrafttreten und Dauer

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

(2) Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach dessen Ablauf wird es auf unbestimmte Zeit verlängert und kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

(3) Für Investitionen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 10 dieses Abkommens noch für weitere zehn Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Riga, am 17. November 1994, in zwei Urschriften, jede in deutscher und lettischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik
Österreich:

FRANZ PARAK

Für die Republik
Lettland:

VALDIS BIRKAVS

[LATVIAN TEXT — TEXTE LETTONIEN]

LĪGUMS STARP AUSTRIJAS REPUBLIKU UN LATVIJAS REPUBLIKU PAR IEGULDĪJUMU VEICINĀŠANU UN TO AIZSARDZĪBU

AUSTRIJAS REPUBLIKA UN LATVIJAS REPUBLIKA, turpmāk līgumā sauktas „Līgumslēdzējas puses”.

VĒLĒDAMĀS radīt labvēlīgus apstākļus plašākai ekonomiskajai sadarbībai starp abām Līgumslēdzējām pusēm.

ATZĪSTOT nepieciešamību veicināt un aizsargāt ieguldījumus, lai stimulētu ieguldījumu veikšanu un tādējādi sekmētu abu valstu ekonomisko attiecību attīstību.

VIENOJĀS PAR SEKOJOŠO:

1. pants.

Terminu skaidrojums

Šī līguma mērķiem:

(1) termins „ieguldījumi” ietver visu veidu īpašumu, tai skaitā, bet ne tikai:

- a) kustamo un nekustamo īpašumu, kā arī citas īpašuma tiesības, tādas kā bīpotēkas, vienas puses tiesības atteikties no savu līgumsaistību izpildes, ķīlas tiesības, lietošanas tiesības, un līdzīgas tiesības;
- b) līdzīpašnieka tiesības un cita veida līdzdalību uzņēmumos;
- c) tiesības pieprasīt naudas līdzekļus, kuri nodoti, lai radītu ekonomiskas vērtības vai pakalpojumus, kuriem ir ekonomiska vērtība;
- d) autoritīesības, tiesības rūpnieciskās ražošanas aizsardzībai, tādas kā izgudrotāja patentus, firmas zīmes, rūpnieciskās ražošanas paraugus un modeļus, tehnoloģiju, know-how, firmas vārdu un firmas vērtību;
- e) sabiedriski tiesiskas koncesijas dabas bagātību izpētei un ieguvei;

(2) ar terminu „ieguldītājs” attiecībā uz Austrijas Republiku saprot:

- a) katru fizisko personu, kurai ir Austrijas Republikas pilsonība un kura veic ieguldījumus otras Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā;
- b) katru juridisku personu vai sabiedrību, kuras izveidotas saskaņā ar Austrijas Republikas likumdošanu un kuras pastāvīgā atrašanās vieta ir suverēnajā Austrijas Republikā un kura veic ieguldījumu otras Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā;

attiecībā uz Latvijas Republiku:

- a) katru fizisko personu, kurai saskaņā ar Latvijas Republikas likumdošanu piešķirts pilsoņa statuss un kura veic ieguldījumu otras Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā;
- b) katru juridisko personu, kura izveidota saskaņā ar Latvijas Republikas likumdošanu un kuras pastāvīgā atrašanās vieta ir suverēnajā Latvijas Republikā, un kura veic ieguldījumu otras Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā;

(3) ar terminu „ienākumi” jāsaprot tās naudas summas, ko dod ieguldījumi, tai skaitā, bet ne tikai, peļņu, procentus, kapitāla pieaugumu, dividendes, tantjēmas, nodevas par licencēm un cita veida atlīdzību;

(4) termins „atsavināšana” ietver arī nacionalizāciju vai jebkurus citus pasākumus ar līdzīgu rezultātu.

2. pants.

Ieguldījumu veicināšana un aizsardzība

(1) Katra Līgumslēdzēja puse pēc savām iespējām sekmē otras Līgumslēdzējas puses ieguldītāju veiktos ieguldījumus savā suverēnajā teritorijā, pieļauj šos ieguldījumus saskaņā ar saviem normatīvajiem aktiem un rīkojas ar tiem taisnīgi un godprātīgi jebkurā gadījumā.

(2) Ieguldījumi saskaņā ar 1. panta 1. punktu un no tiem gūtā peļņa atrodas šī līguma pilnā aizsardzībā. Šīs peļņas atkaliegūšanas gadījumā, tas pats, nekaitējot 1. punkta noteikumiem, attiecas arī uz šeit radušos peļņu. Ieguldījuma tiesiskajai paplašināšanai, izmaiņai vai pārmaiņai jānotiek saskaņā ar tās Līgumslēdzējas puses likumdošanu, kuras suverēnajā teritorijā ieguldījums tika veikts.

3. pants.

Rīkošanās ar ieguldījumiem

(1) Katra Līgumslēdzēja puse nodrošina otrai Līgumslēdzējai pusei un tās ieguldījumiem ne mazāk izdevīgu režīmu, kāds tas ir trešo valstu ieguldītājiem un to ieguldījumiem.

(2) Noteikumi, saskaņā ar 1. pantu, nav jāiztulko tā, ka tie vienai no Līgumslēdzēju pusēm uzliktu par pienākumu piešķirt otras Līgumslēdzējas puses ieguldītājiem un to ieguldījumiem, pareiz vai turpmāk, īpašu labvēlības režīmu, ierādot pirmtiesības un privilēģijas, kas izriet no:

- a) muitas savienības, kopēja tirgus, brīvas tirdznieciskās zonas vai piederības kādai ekonomiskai apvienībai;
- b) kāda starptautiska nolīguma, starpvalstu vienošanās vai valsts iekšējiem normatīvajiem aktiem nodokļu jautājumos;
- c) noteikumiem, kas atvieglo satiksmi pāri robežai;
- d) nacionālā režīma, ko viena Līgumslēdzēja puse ir piešķirtusi trešajai valstij saskaņā ar divpusēju līgumu par ieguldījumu veicināšanu un aizsardzību.

4. pants.

Zaudējumu atlīdzināšana

(1) Vienas Līgumslēdzējas puses ieguldītāju ieguldījumi otras Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā drīkst tikt atsavināti tikai sabiedrības interesēs un likumdošanā noteiktajā kārtībā un pret kompensāciju. Kompensācijai jāatbilst atsavinātajai ieguldījuma vērtībai, kas noteikta pirms tā brīža, kad par faktisko vai paredzēto nacionalizāciju kļuva zināms atklātībai. Kompensācija jāizmaksā bez vilcināšanās un līdz izmaksas brīdim tā ir aplikta ar tās valsts bankas noteikto parasto procentu likmi, kuras suverēnajā teritorijā ieguldījums ir veikts, kompensācija jāizmaksā brīvi konvertējamā valūtā un tai jābūt brīvi pārvedamai. Vēlākais atsavināšanas brīdis piemērotā veidā jāparūpējas par kompensācijas noteikšanu un izmaksu.

(2) Ja kāda no Līgumslēdzējām pusēm atsavina kādas sabiedrības īpašumus, kura pēc 1. panta 2. punkta uzskatāma par šīs Līgumslēdzējas puses sabiedrību un kurā otrās Līgumslēdzējas puses ieguldītājam pieder tiesības uz līdzdalību vai paju, tad atbilstoši 1. panta noteikumiem, ieguldītājam tiek garantēta atbilstoša kompensācija.

(3) Ieguldītājam ir tiesības pārbaudīt atsavināšanas likumīgumu ar tās Līgumslēdzējas puses kompetentu institūciju palīdzību, kura ir ierosinājusi atsavināšanu.

(4) Ieguldītājam ir tiesības pārbaudīt kompensācijas lielumu (apjomu un izmaksas veidus vai nu ar tās Līgumslēdzējas puses kompetentu institūciju palīdzību, vai arī ar kādas starptautiskas šķīrējtiesas starpniecību, saskaņā ar šī līguma 8. pantu.

5. pants.

Pārvedumi

(1) Katra Līgumslēdzēja puse bez nepieklājīgas vilcināšanās nodrošina otrai Līgumslēdzējai pusei brīvu pārvedumu brīvi konvertējamā valūtā, saskaņā ar ieguldījuma veikšanai ietvertajiem maksājumiem, īpaši attiecībā uz:

- a) kapitālu un papildus summām/iemaksām ieguldījumu uzturēšanai kārtībā vai to apjoma palielināšanai;

- b) summām, kuras bijušas paredzētas to izdevumu segšanai, kuri saistīti ar ieguldījuma pārvaldīšanu;
- c) ienākumiem;
- d) aizdevumu atmaksāšanu;
- e) ienākumiem ieguldījuma pilnīgas vai daļējas likvidēšanas vai pārdošanas gadījumā;
- f) kompensāciju saskaņā ar šī līguma 4. panta 1. punktu.

(2) Maksājumi, atbilstoši šim pantam, notiek pēc tādiem maiņas kursiem, kādi pārveduma izdarīšanas dienā ir pārvedumu veicošās Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā.

(3) Valūtas maiņas kursi tiek noteikti saskaņā ar katras Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā esošo biržu kursiem, respektīvi uz tā brīža banku sistēmas noteiktajiem kursiem katras Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā. Bankas nodevām jābūt taisnīgām un samērīgām.

6. pants.

Pārņemšanas tiesības

Ja kāda no Līgumslēdzējām pusēm vai arī tās pilnvarota institūcija savam ieguldītājam ir veikusi maksājumus, pamatojoties uz garantiju par ieguldījumu otras Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā, tad šī otra Līgumslēdzēja puse, nekaitējot pirmās Līgumslēdzējas puses ieguldītāja interesēm, saskaņā ar šī līguma 8. pantu un pirmās Līgumslēdzējas puses tiesībām, saskaņā ar šī līguma 9. pantu, atzīst visu šī ieguldītāja tiesību un prasību nodošanu pirmajai Līgumslēdzējas pusei, kas notiek, pamatojoties uz likumdošanu vai likumīgu darījumu. Tālāk otra Līgumslēdzēja puse atzīst visas pirmās Līgumslēdzējas puses tiesības un prasības, kuras pirmā Līgumslēdzēja puse ir tiesīga īstenot tādā pašā apmērā kā tās tiesiskais priekšgājējs. Uz maksājumu pārvedumiem attiecīgajai Līgumslēdzējai pusei, saskaņā ar tiesību pārņemšanu, attiecas šī līguma 4. un 5. pants.

7. pants.

Citas saistības

(1) Ja no vienas Līgumslēdzējas puses normatīvajiem aktiem vai saistībām starptautisko tiesību jomā, kuras blakus šim nolīgumam pastāv starp Līgumslēdzējām pusēm vai tiks pieņemti nākotnē, izriet vispārēji vai īpaši noteikumi, kuri paredz otras Līgumslēdzējas puses ieguldītāju veiktajiem ieguldījumiem labvēlīgāku (izdevīgāku) režīmu, kā šī līguma piešķirtais, tad šiem noteikumiem, ja tie ir izdevīgāki attiecībā uz šo līgumu, ir dodama priekšroka.

(2) Katra Līgumslēdzēja puse ievēro jebkādas saistības, kuras tā ir uzņēmusies savā teritorijā pret otras Līgumslēdzējas puses ieguldītāju, attiecībā uz tās sankcionētajiem ieguldījumiem.

8. pants.

Ieguldījumu strīdu izskatīšana

(1) Ja starp vienu Līgumslēdzējas pusi un otras Līgumslēdzējas puses ieguldītāju rodas domstarpības attiecībā uz ieguldījumu, tad starp abām strīdus pusēm tās, cik iespējams, risināmas draudzīgā ceļā.

(2) Ja abas Līgumslēdzējas puses ir 1965. gada 18. marta Vašingtonas konvencijas locekles, tad jārikojas saskaņā ar sekojošiem noteikumiem:

Ja nesaskaņas saskaņā ar 1. punktu netiek atrisinātas 3 mēnešu laikā pēc pietiekoši detalizēta prasības rakstiska paziņojuma saņemšanas, tad strīdus jautājums vienas Līgumslēdzējas puses vai otras Līgumslēdzējas puses ieguldītāja uzdevumā tiek iesniegts izlīgumam vai izšķiršanai Starptautiskajā ieguldījumu strīdu izšķiršanas centrā, kas tika izveidots, pamatojoties uz 1965. g. 18. martā Vašingtonā parakstīto konvenciju par ieguldījumu strīdu izskatīšanu starp valstīm un citu valstu pilsoņiem. Ja strīdus jautājums tiek izskatīts šķīrējtiesā, tad katra Līgumslēdzēja puse arī, neuzrādot personisku šķīrējtiesas vienošanos starp Līgumslēdzējas pusi un ieguldītāju, neatsaucami un iepriekš piekrit tādās nesaskaņas iesniegt Centrā un šķīrējtiesas lēmumu atzīt par saistošu. Šī piekrišana nozīmē atteikšanos no prasības izskatīt lietu valsts iekšējā administratīvajā vai tiesas procesā.

(3) Gadījumā, ja kāda no Līgumslēdzējām pusēm nav 2. pantā minētās konvencijas dalībniece, tad jārikojās saskaņā ar šādiem noteikumiem:

Ja kāda no minētajām domstarpībām, saskaņā ar 1. pantu netiek atrisināta trīs mēnešu laikā pēc pieņemtošo detalizēta prasības rakstiska paziņojuma saņemšanas, tad strīdus jautājumu pēc vienas Līgumslēdzējas puses vai otras Līgumslēdzējas puses ieguldītāja pieprasījuma izšķir trīs šķīrējtiesneši šķīrējtiesas ceļā saskaņā ar UNCITRAL – šķīrējtiesas procesuālo (tiesāšanas) kārtību, kāda ir spēkā pieprasījuma iesniegšanas brīdī abām Līgumslēdzējām pusēm pieņemamā formulējumā. Līgumslēdzēja puse pakļaujas minētajai šķīrējtiesai arī tad, ja nav attiecīgas vienošanās par šķīrējtiesas sasaukšanu.

(4) Šķīrējtiesas lēmums ir galīgs un saistošs, tas tiek pildīts saskaņā ar katras valsts iekšējo likumdošanu, katra Līgumslēdzējas puse garantē šķīrējtiesas lēmuma atzīšanu un izpildi saskaņā ar atbilstošajiem normatīvajiem aktiem.

(5) Līgumslēdzēja puse, kura ir strīdus puse, nevienā no izlīguma vai šķīrējtiesas vai arī šķīrējtiesas lēmuma izpildes posmiem nevar aizbildināties, ka ieguldītājs, kurš ir otra strīdus puse, pamatojoties uz garantiju, ir saņēmis atbildību par visiem vai daļu no saviem zaudējumiem.

9. pants.

Strīdi starp Līgumslēdzējām pusēm

(1) Nesaskaņas starp Līgumslēdzējām pusēm par šī līguma iztulkošanu vai piemērošanu jārisina, cik iespējams, draudzīgā ceļā.

(2) Ja nesaskaņas saskaņā ar 1. punktu netiek atrisinātas 6 mēnešu laikā, strīdus jautājums pēc kādas no Līgumslēdzējas puses pieprasījuma tiek iesniegts izskatīšanai šķīrējtiesā.

(3) Šķīrējtiesa katras lietas izskatīšanai tiek sasaukta sekojošā kārtībā: katra Līgumslēdzēja puse ieceļ vienu šķīrējtiesas locekli un abi šķīrējtiesas locekļi vienojas par kādas trešās valsts pilsoni kā priekšsēdētāju. Šķīrējtiesas locekļus jāieceļ divu mēnešu laikā pēc tam, kad viena no Līgumslēdzējām pusēm otrai rakstiski paziņojusi, ka tā vēlas strīdus jautājumu nodot izskatīšanai. Šķīrējtiesas priekšsēdētājs jāieceļ divu mēnešu laikā pēc tam, kad viena no Līgumslēdzējām pusēm otrai ir paziņojusi, ka tā grib iesniegt strīdus jautājumu šķīrējtiesai.

(4) Ja 3. punktā noteiktie termiņi netiek ievēroti, katra no Līgumslēdzējām pusēm gadījumā, ja nepastāv kāda cita vienošanās, var lūgt starptautiskās tiesas prezidentu ieceļt nepieciešamos šķīrējtiesnešus. Ja starptautiskās tiesas prezidents ir kādas Līgumslēdzējas puses valsts pilsonis vai arī viņš nevar pildīt šīs funkcijas kādu citu iemeslu dēļ, tad šo nepieciešamo šķīrējtiesnešu iecelšanu var veikt viceprezidents, vai, ja arī viņš nevar pildīt šīs funkcijas, tad vecākais Starptautiskās tiesas loceklis, kurš tiek pieaicināts uz tādiem pašiem noteikumiem.

(5) Šķīrējtiesa nosaka pati savu tiesāšanas kārtību.

(6) Šķīrējtiesa pieņem lēmumus, pamatojoties uz šo līgumu, kā arī uz vispārāztītām starptautisko tiesību normām. Tā pieņem lēmumus ar balsu vairākumu, šķīrējtiesas lēmums ir galīgs un saistošs.

(7) Katra Līgumslēdzēja puse sedz savu locekļu un savas likumīgās pārstāvēšanas izdevumus šķīrējtiesā. Ieceltā priekšsēdētāja, kā arī citus izdevumus sedz abas Līgumslēdzējas puses vienādās daļās. Šķīrējtiesa savā lēmumā var noteikt arī citu izdevumu segšanas kārtību.

10. pants.

Līguma piemērošana

Šis līgums attiecas uz ieguldījumiem, kurus vienas Līgumslēdzējas puses ieguldītāji ir veikuši vai veiks otras Līgumslēdzējas puses teritorijā saskaņā ar tās likumdošanu, kā pirms, tā arī pēc šī līguma stāšanās spēkā. Tas neattiecas uz ieguldījumiem, kuri veikti pirms 1956. gada 1. janvāra, izņemot gadījumus, ja starp Līgumslēdzējām pusēm pastāvēja noteikta vienošanās.

11. pants.

Stāšanās spēkā un darbības laiks

(1) Šim līgumam nepieciešama ratifikācija, un tas stājas spēkā trešā mēneša pirmajā dienā, skaitot no mēneša, kurā veikta ratifikācijas dokumentu apmaiņa;

(2) Līgums paliek spēkā desmit gadus, pēš šī laika iztecēšanas tas tiek pagarināts uz nenoteiktu laiku un katra no Līgumslēdzējām pusēm var to anulēt, diplomātiskā ceļā rakstiski par to brīdinot 12 mēnešus iepriekš.

(3) Uz ieguldījumiem, kuri veikti pirms šī līguma darbības lašanas brīža, attiecas šī līguma pirmo 10 pantu nosacījumi ir spēkā vēl desmit gadus pēc minētā līguma darbības lašanas brīža.

Parakstīts Rīgā, 17. 11. 1994.
divos oriģināleksemplāros, katrs vācu un latviešu valodās, pie kam abiem tekstiem ir vienāds spēks.

Austrijas Republikas
vārdā:

FRANZ PARAK

Latvijas Republikas
vārdā:

VALDIS BIRKAVS

AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF LATVIA CONCERNING THE ENCOURAGE- MENT AND PROTECTION OF INVESTMENTS

The Republic of Austria and the Republic of Latvia, hereinafter referred to as the “Contracting Parties”,

Desiring to create favourable conditions for enhanced economic cooperation between the Contracting Parties,

Recognizing that the promotion and protection of reciprocal investments may enhance the willingness to undertake such investments and thus make an important contribution to the development of economic relations,

Have agreed as follows:

Article 1

DEFINITIONS

For the purposes of this Agreement:

1. The term “investment” shall include all assets, and in particular but not exclusively:

(a) Ownership of movable and immovable property and other rights in rem, such as mortgages, rights of retention, pledges, rights of usufruct and similar rights;

(b) Shareholding rights and other types of interests in enterprises;

(c) Claims to money provided in order to create an economic value or claims to a performance having a monetary value;

(d) Copyrights, industrial property rights such as inventor’s patents, trademarks, industrial designs and models, technical procedures, know-how, trade names and goodwill;

(e) Concessions in public law for the prospecting, quarrying or mining of natural resources;

2. The term “investor” shall mean, in respect of the Republic of Austria:

(a) Any individual possessing the nationality of the Republic of Austria and undertaking an investment in the territory of the other Contracting Party;

(b) Any legal entity or partnership, established in accordance with the legislation of the Republic of Austria, having its headquarters in the territory of the Republic of Austria and undertaking an investment in the territory of the other Contracting Party;

In respect of the Republic of Latvia:

¹ Came into force on 1 May 1996, i.e., the first day of the third month following the month of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Vienna on 23 February 1996, in accordance with article 11 (1).

(a) Any individual having the status of a national of the Republic of Latvia in accordance with the law of the Republic of Latvia and undertaking an investment in the territory of the other Contracting Party;

(b) Any legal entity, established in accordance with the legislation of the Republic of Latvia, having its headquarters in the territory of the Republic of Latvia and undertaking an investment in the territory of the other Contracting Party;

(3) The term “returns” shall mean those amounts which are produced by an investment, and in particular but not exclusively profits, interest, capital increments, dividends, royalties, licence fees and other payments;

(4) The term “expropriation” shall also include nationalization or any other measure having the same effect.

Article 2

ENCOURAGEMENT AND PROTECTION OF INVESTMENTS

1. Each Contracting Party shall as far as possible promote investments made in its territory by investors from the other Contracting Party, shall authorize such investments in accordance with its own legislation and shall treat them in a just and equitable manner in every case.

2. Investments as referred to in paragraph 1 and the returns thereon shall enjoy the full protection of this Agreement. The same shall also apply, without prejudice to the provisions of paragraph 1, to the returns from any reinvestment. Any legal expansion, modification or transformation of an investment must take place in accordance with the legislation of the Contracting Party in the territory of which the investment has been undertaken.

Article 3

TREATMENT OF INVESTMENTS

1. Each Contracting Party shall treat investors from the other Contracting Party and their investments no less favourably than investors from third countries and their investments.

2. The provisions of paragraph 1 may not be interpreted in such a manner as to oblige one of the Contracting Parties to accord to investors from the other Contracting Party and to their investments any present or future advantages of treatment, preference or privilege arising from:

(a) A customs union, a common market, a free-trade zone or membership in an economic community;

(b) An international agreement, an accord between States or domestic legislation on taxation matters;

(c) Arrangements designed to facilitate cross-frontier traffic;

(d) Equality of treatment with its own nationals which a Contracting Party has granted having regard to a bilateral agreement on the promotion and protection of investments with a third State.

Article 4

COMPENSATION

1. Investments by investors from one Contracting Party may be expropriated in the territory of the other Contracting Party only in the public interest, on the basis of lawful proceedings and against compensation. Such compensation must correspond to the value of the investment immediately before the time at which the actual or imminent expropriation became publicly known. Compensation must be paid without undue delay and must, until paid out, carry the normal banking interest rate of the State in whose territory the investment was undertaken; it must be paid in freely convertible currency and must be freely transferable. Suitable provision for the determination and payment of compensation shall be made not later than on the date of expropriation.

2. If one of the Contracting Parties expropriates the assets of a company which under article 1, paragraph 2 of this Agreement must be regarded as belonging to that Contracting Party, and in which an investor from the other Contracting Party has a holding, then the provisions of paragraph 1 of this article shall be applied in such a manner that appropriate compensation is guaranteed to that investor.

3. The investor shall be entitled to have the legality of the expropriation examined by the competent organs of the Contracting Party which has ordered the expropriation.

4. The investor shall be entitled to have the amount of compensation and the modalities of payment examined either by the competent organs of the Contracting Party which has ordered the expropriation or by an international arbitral tribunal in accordance with article 8 of this Agreement.

Article 5

TRANSFERS

1. Each Contracting Party shall, without undue delay, grant to investors from the other Contracting Party the free transfer in a freely convertible currency of payments relating to an investment, and in particular but not exclusively:

(a) Of capital and additional sums for the maintenance or expansion of the investment;

(b) Of amounts intended to cover expenditures connected with the management of the investment;

(c) Of returns;

(d) Of loan repayments;

(e) Of the yield in the event of the complete or partial liquidation or sale of the investment;

(f) Of compensation in accordance with article 4, paragraph 1 of this Agreement.

2. Payments under this article shall be made at the exchange rates applicable on the date of the transfer payment in the territory of the Contracting Party from which the transfer is undertaken.

3. Exchange rates shall be determined according to the quotations of the stock exchanges located in the territory of each Contracting Party or subsidiarily by the respective banking system in the territory of each Contracting Party. Bank charges shall be fair and appropriate.

Article 6

RIGHT OF SUBROGATION

If a Contracting Party or an institution empowered by it to that end makes payments by virtue of a guarantee of an investment to its investors in the territory of the other Contracting Party, the other Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the investor from the first Contracting Party under article 8 of this Agreement and the rights of the first Contracting Party under article 9 of this Agreement, recognize the transfer of all rights and claims of that investor to the first Contracting Party in accordance with the law or by virtue of a legal transaction. In addition, the other Contracting Party shall recognize the subrogation by the first Contracting Party of all of these rights and claims, which the first Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its legal predecessor. Articles 4 and 5 of this Agreement shall apply as appropriate to the transfer of payments to be made by virtue of the transferred claims to the Contracting Party concerned.

Article 7

OTHER OBLIGATIONS

1. If the legislation of either Contracting Party or present or future mutual obligations existing between the two Contracting Parties under international law besides this Agreement give rise to a general or specific arrangement which grants to the investments of investors from the other Contracting Party more favourable treatment than is provided for by this Agreement, then such arrangement shall have precedence over this Agreement in so far as it is more favourable.

2. Each Contracting Party shall comply with any contractual obligation it may have entered into with an investor from the other Contracting Party in connection with investments which it has authorized in its territory.

Article 8

SETTLEMENT OF INVESTMENT DISPUTES

1. If differences of opinion concerning an investment arise between a Contracting Party and an investor from the other Contracting Party, such disputes shall, as far as possible, be settled amicably between the parties to the dispute.

2. If both Contracting Parties are parties to the Washington Convention of 18 March 1965 (ICSID),¹ the following provisions shall apply:

If a difference of opinion as referred to in paragraph 1 cannot be settled within three months from the date of the written notification of adequately defined claims, it shall, at the request of the Contracting Party or of the investor from the other

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 575, p. 159.

Contracting Party, be submitted for composition or arbitration to the International Centre for Settlement of Investment Disputes set up under the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States, opened for signature at Washington on 18 March 1965. In the event of arbitration, each of the Contracting Parties shall consent irrevocably and in advance, even in the absence of an individual arbitration agreement between the Contracting Party and the investor, to submit such differences of opinion to the Centre and to recognize the arbitral award as binding. Such consent shall imply the waiver of the requirement for the exhaustion of all domestic administrative and judicial remedies.

3. If one of the Contracting Parties is not a party to the Convention referred to in paragraph 2, the following provisions shall apply:

If a difference of opinion cannot be settled within three months from the date of the written notification of adequately defined claims, it shall, at the request of the Contracting Party or of the investor from the other Contracting Party, be settled by three arbitrators through arbitration proceedings in accordance with the UNCITRAL arbitration procedure in the most recent version in force on the date of the application for the institution of arbitration proceedings. The Contracting Party shall accept the authority of the above-mentioned arbitral tribunal even in the absence of an arbitration agreement to that effect.

4. The arbitral award shall be final and binding; it shall be executed in accordance with domestic law; each Contracting Party shall guarantee the recognition and execution of the arbitration award in accordance with its relevant legislation.

5. A Contracting Party which is a party to a dispute shall at no stage of the composition or arbitration proceedings or of the execution of an arbitral award raise any objection on the grounds that the investor constituting the other party to the dispute may have received compensation for all or part of his losses on the basis of a guarantee.

Article 9

DISPUTES BETWEEN THE CONTRACTING PARTIES

1. Differences of opinion between the Contracting Parties with regard to the interpretation or application of this Convention shall, as far as possible, be settled through amicable negotiations.

2. If a difference of opinion as referred to in paragraph 1 cannot be settled within six months, it shall at the request of one of the Contracting Parties be submitted to an arbitral tribunal.

3. The arbitral tribunal shall be constituted on an *ad hoc* basis in the following manner: each Contracting Party shall appoint an arbitrator and, by mutual agreement, the two arbitrators shall propose a national of a third State to serve as chairman. The arbitrators shall be appointed within two months and the chairman within a further two months from the date on which one Contracting Party notifies the other of its desire to submit the dispute to an arbitral tribunal.

4. If the time-limits indicated in paragraph 3 fail to be observed, each Contracting Party may, unless otherwise agreed, request the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President of the International Court of Justice is a national of either Contracting Party or if he is

unable to act for any other reason, the Vice-President or, if the Vice-President is unable to act, the longest-serving member of the International Court of Justice may be requested, subject to the same conditions, to make the necessary appointments.

5. The arbitral tribunal shall determine its own rules of procedure.

6. The arbitral tribunal shall reach its decisions on the basis of this Convention and in accordance with the generally recognized principles of international law. It shall take its decisions by majority vote, and its award shall be final and binding.

7. Each Contracting Party shall bear the expenses of its own arbitrator and of its legal counsel in the arbitral proceedings. The expenses of the chairman and other costs shall be borne in equal parts by the two Contracting Parties.

Article 10

APPLICABILITY OF THIS CONVENTION

This Convention shall apply to existing and future investments undertaken both before and after its entry into force by investors of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party in accordance with the legislation of that other Contracting Party. It shall not apply, however, to investments undertaken before 1 January 1956, unless explicitly so agreed between the Contracting Parties.

Article 11

ENTRY INTO FORCE AND DURATION

1. This Convention is subject to ratification. It shall enter into force on the first day of the third month after the exchange of the instruments of ratification.

2. The Convention shall remain in force for ten years and shall thereafter be extended indefinitely. It may be denounced in writing through the diplomatic channel by either Contracting Party, subject to a notice period of twelve months.

3. In respect of investments undertaken prior to the expiry of this Convention, articles 1 to 10 of this Convention shall continue to apply for a further period of ten years from the date of expiry.

DONE at Riga, on 17 November 1994, in two original copies in the German and Latvian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic
of Austria:

FRANZ PARAK

For the Republic
of Latvia:

VALDIS BIRKAVS

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DE LETTONIE RELATIF À L'ENCOURAGEMENT ET À LA PROTECTION DES INVESTISSEMENTS

La République d'Autriche et la République de Lettonie, ci-après dénommées les « Parties contractantes »,

Désireuses d'instaurer des conditions favorables au renforcement de la coopération économique entre les Parties contractantes,

Reconnaissant que l'encouragement et la protection des investissements peuvent renforcer la disposition à réaliser de tels investissements et apporter ainsi une contribution importante au développement des relations économiques,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

DÉFINITIONS

Aux fins du présent Accord,

1) Le terme « investissement » désigne tous les biens, en particulier mais non exclusivement

a) La propriété de biens mobiliers et immobiliers ainsi que les autres droits réels tels que les hypothèques, les droits de rétention, les droits de gage, les droits de jouissance et les droits analogues;

b) Les droits de participation et les autres types de participation à des entreprises;

c) Les droits sur des sommes d'argent remises en vue de créer une valeur économique ou les droits sur une prestation ayant une valeur économique;

d) Les droits d'auteur, les droits de protection industrielle tels que les brevets d'invention, les marques de fabrique ou de commerce, les dessins et modèles industriels, ainsi que les procédés techniques, le savoir-faire, les dénominations commerciales et la clientèle;

e) Les concessions de droit public pour la prospection et l'extraction de ressources naturelles.

2) Le terme « investisseur » désigne,

En ce qui concerne la République d'Autriche :

a) Toute personne physique possédant la nationalité de la République d'Autriche, qui réalise un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;

b) Toute personne morale ou société de personnes qui a été créée conformément à la législation de la République d'Autriche, a son siège sur le territoire de la

¹ Entré en vigueur le 1^{er} mai 1996, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi le mois de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Vienne le 23 février 1996, conformément au paragraphe 1 de l'article 11.

République d'Autriche et réalise un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;

En ce qui concerne la République de Lettonie :

a) Toute personne physique possédant le statut de ressortissant de la République de Lettonie conformément à sa législation, qui réalise un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;

b) Toute personne morale qui a été créée conformément à la législation de la République de Lettonie, a son siège sur le territoire de la République de Lettonie et réalise un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;

3) Le terme « produits » désigne les montants que rapporte un investissement, en particulier mais non exclusivement les bénéfices, les intérêts, les augmentations de capital, les dividendes, les tantièmes, les droits de licence et les autres rémunérations;

4) Le terme « expropriation » comprend aussi les nationalisations et les autres mesures ayant un effet identique.

Article 2

ENCOURAGEMENT ET PROTECTION DES INVESTISSEMENTS

1) Chacune des Parties contractantes encouragera dans la mesure du possible les investissements sur son territoire des investisseurs de l'autre Partie contractante, les autorisera conformément à sa législation et les traitera dans tous les cas de manière juste et équitable.

2) Les investissements visés au paragraphe 1 de l'article premier et leurs produits jouiront de l'entière protection prévue dans le présent Accord. Il en va de même, sous réserve des dispositions du paragraphe 1, des produits des éventuels réinvestissements. L'extension, la modification ou la transformation légitimes d'un investissement doivent avoir lieu conformément à la législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'investissement a été réalisé.

Article 3

TRAITEMENT DES INVESTISSEMENTS

1) Chacune des Parties contractantes traitera les investisseurs de l'autre Partie contractante et leurs investissements d'une manière non moins favorable que les investisseurs d'Etats tiers et leurs investissements.

2) Les dispositions du paragraphe 1 ne peuvent être interprétées comme obligeant une Partie contractante à accorder aux investisseurs de l'autre Partie contractante et à leurs investissements l'avantage présent ou futur d'un traitement, d'une préférence ou d'un privilège résultant

a) D'une union douanière, d'un marché commun, d'une zone de libre-échange ou de l'appartenance à une communauté économique;

b) D'un accord international, d'une convention internationale ou de dispositions intérieures en matière fiscale;

c) D'une réglementation destinée à faciliter le trafic frontalier;

d) D'une égalité de traitement des nationaux que l'une des Parties contractantes a accordée au titre d'un accord bilatéral relatif à l'encouragement et à la protection des investissements avec un Etat tiers.

Article 4

INDEMNISATION

1) Les investissements des investisseurs d'une Partie contractante ne peuvent être expropriés sur le territoire de l'autre Partie contractante que dans l'intérêt public, en vertu d'une procédure judiciaire et contre indemnisation. Cette indemnisation doit correspondre à la valeur que l'investissement avait immédiatement avant le moment où l'expropriation effective ou la menace d'expropriation a été officiellement connue. Elle doit être versée sans délai injustifié et assortie, jusqu'à la date du paiement, d'un intérêt conforme au taux bancaire habituel de l'Etat sur le territoire duquel l'investissement a été réalisé; elle doit avoir lieu en monnaie convertible et être librement transférable. Des dispositions appropriées concernant la fixation et le versement de l'indemnisation seront prises au plus tard lors de l'expropriation.

2) Si une Partie contractante exproprie les biens d'une société qui doit être considérée comme une société de cette Partie contractante en application du paragraphe 2 de l'article premier et dans laquelle un investisseur de l'autre Partie contractante possède des parts, elle appliquera les dispositions du paragraphe 1 de façon à assurer une indemnisation proportionnelle à cet investisseur.

3) L'investisseur a le droit de faire vérifier la légalité de l'expropriation par les organes compétents de la Partie contractante qui en est à l'origine.

4) L'investisseur a le droit de faire vérifier le montant de l'indemnisation et les modalités de paiement soit par les organes compétents de la Partie contractante qui est à l'origine de l'expropriation, soit par un tribunal arbitral international conformément à l'article 8 du présent Accord.

Article 5

TRANSFERTS

1) Chacune des Parties contractantes autorisera sans délai injustifié les investisseurs de l'autre Partie contractante à transférer librement et en devises librement convertibles les versements qui se rapportent à un investissement, en particulier mais non exclusivement

a) Le capital et les sommes complémentaires nécessaires au maintien ou à l'extension de l'investissement;

b) Les sommes fixées pour couvrir les dépenses afférentes à la gestion de l'investissement;

c) Les produits;

d) Les remboursements d'emprunts;

e) Le produit de la liquidation ou de la cession totales ou partielles de l'investissement;

f) Les indemnisations visées au paragraphe 1 de l'article 4 du présent Accord.

2) Les versements visés dans le présent article seront effectués aux taux de change en vigueur le jour du transfert sur le territoire de la Partie contractante à partir de laquelle le transfert a lieu.

3) Les taux de change seront fixés conformément aux cotations aux bourses qui se trouvent sur le territoire de chacune des Parties contractantes ou, à défaut, par le système bancaire qui se trouve sur le territoire de chacune des Parties contractantes. Les commissions bancaires seront équitables et appropriées.

Article 6

SUBROGATION

Si une Partie contractante ou une institution habilitée par elle effectue, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, des versements à son investisseur, cette dernière reconnaîtra, sans préjudice des droits de l'investisseur de la première Partie contractante visés à l'article 8 du présent Accord et des droits de la première Partie contractante visés à l'article 9 du présent Accord, la cession à la première Partie contractante, par l'effet d'une loi ou d'un acte juridique, de tout droit ou prétention de cet investisseur. L'autre Partie contractante reconnaîtra en outre la subrogation de la première Partie contractante à tous les droits ou prétentions en question que la première Partie sera habilitée à exercer dans la même mesure que son prédécesseur en titre. En ce qui concerne le transfert des paiements à effectuer à la Partie contractante concernée au titre des prétentions transmises, les articles 4 et 5 s'appliquent par analogie.

Article 7

AUTRES OBLIGATIONS

1) Si, en vertu de la législation de l'une des Parties contractantes ou d'obligations de droit international qui existent ou viendraient à exister entre les Parties contractantes en sus du présent Accord, une disposition générale ou particulière stipule d'accorder aux investissements réalisés par les investisseurs de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que ne le prévoit le présent Accord, ladite disposition l'emportera sur le présent Accord dans la mesure où elle est plus favorable.

2) Chacune des Parties contractantes respectera toute obligation contractuelle qu'elle aura contractée vis-à-vis d'un investisseur de l'autre Partie contractante en ce qui concerne les investissements qu'elle a autorisés sur son territoire.

Article 8

RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS EN MATIÈRE D'INVESTISSEMENT

1) Les différends qui pourraient surgir au sujet d'un investissement entre une Partie contractante et un investisseur de l'autre Partie contractante seront dans la mesure du possible réglés à l'amiable.

2) Si les deux Parties contractantes sont parties à la Convention de Washington en date du 18 mars 1965 (CIRDI)¹, les dispositions ci-après s'appliquent :

Si un différend ne peut être réglé de la manière prévue au paragraphe 1 dans un délai de trois mois à compter d'une notification écrite de réclamations définies de manière suffisamment précise, il sera soumis pour conciliation ou arbitrage, sur la demande de la Partie contractante ou de l'investisseur de l'autre Partie contractante, au Centre international pour le règlement des différends relatifs aux investissements institué par la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats ouverte à la signature à Washington le 18 mars 1965. En cas d'arbitrage, chaque Partie contractante accepte d'avance et irrévocablement en vertu du présent Accord, même en l'absence d'un accord individuel d'arbitrage entre une Partie contractante et un investisseur, de soumettre de tels différends au Centre et de reconnaître la décision arbitrale comme obligatoire. Cette acceptation implique le renoncement à l'exigence selon laquelle la procédure administrative ou judiciaire intérieure a été épuisée.

3) Si l'une des deux Parties contractantes n'est pas partie à la Convention visée au paragraphe 2, les dispositions ci-après s'appliquent :

Si un différend ne peut être réglé de la manière prévue au paragraphe 1 dans un délai de trois mois à compter de la réception d'une notification écrite de réclamations définies de manière suffisamment précise, il sera, sur la demande de la Partie contractante ou de l'investisseur de l'autre Partie contractante, tranché par trois arbitres au moyen d'une procédure d'arbitrage conforme aux règles arbitrales élaborées par la CNUDCI dans la version la plus récente en vigueur pour les deux Parties contractantes au moment de la demande d'ouverture de la procédure arbitrale. La Partie contractante se soumettra au tribunal arbitral mentionné même en l'absence d'un accord d'arbitrage.

4) La sentence arbitrale est définitive et obligatoire; elle est exécutée conformément au droit intérieur : chacune des Parties contractantes veille à ce qu'elle soit reconnue et exécutée conformément à ses dispositions législatives pertinentes.

5) Une Partie contractante qui est partie au différend n'invoquera à aucun stade du règlement du différend ou de la procédure arbitrale ou de l'exécution d'une décision arbitrale l'exception selon laquelle l'investisseur, qui est l'autre partie au différend, a perçu en vertu d'une garantie une indemnisation pour tout ou partie de ses pertes.

Article 9

DIFFÉRENDS ENTRE LES PARTIES CONTRACTANTES

1) Les différends entre les Parties contractantes relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord seront, dans la mesure du possible, réglés par des négociations à l'amiable.

2) Si un différend ne peut être réglé conformément au paragraphe 1 dans un délai de six mois, il sera soumis à un tribunal arbitral sur la demande de l'une des Parties contractantes.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

3) Le tribunal arbitral sera composé cas par cas de la manière suivante : chacune des parties nommera un membre, et les deux membres désigneront d'un commun accord le ressortissant d'un Etat tiers comme président. Les membres seront nommés dans les deux mois suivant la date à laquelle l'une des Parties contractantes aura fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral, et le président dans les deux mois suivants.

4) Si les délais visés au paragraphe 3 ne sont pas respectés, chacune des Parties contractantes pourra, faute d'un autre arrangement, prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président de la Cour internationale de Justice est un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est empêché pour une autre raison d'exercer cette fonction, le Vice-Président ou, en cas d'empêchement, le membre le plus ancien de la Cour internationale de Justice sera invité dans les mêmes conditions à procéder aux nominations.

5) Le tribunal arbitral réglera lui-même sa procédure.

6) Le tribunal arbitral prendra ses décisions en fonction du présent Accord et des règles généralement reconnues du droit international. Il se prononcera à la majorité; la sentence arbitrale sera définitive et obligatoire.

7) Les Parties contractantes supporteront chacune les frais de leur arbitre et de leurs représentants à la procédure arbitrale. Les frais du président et les autres frais seront répartis à égalité entre les deux Parties contractantes. Le tribunal pourra toutefois fixer dans sa sentence un autre mode de répartition des frais.

Article 10

APPLICATION DU PRÉSENT ACCORD

Le présent Accord s'applique aux investissements réalisés aussi bien avant qu'après son entrée en vigueur par les investisseurs de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie contractante conformément à sa législation. Il ne s'applique cependant pas aux investissements réalisés avant le 1^{er} janvier 1956, sauf si les Parties contractantes en sont expressément convenues.

Article 11

ENTRÉE EN VIGUEUR ET DURÉE

1) Le présent Accord est soumis à ratification et entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant celui au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

2) L'Accord restera en vigueur pendant dix ans; à l'expiration de ce délai, il sera prorogé pour une durée indéterminée, et chacune des Parties contractantes pourra le dénoncer par écrit et par la voie diplomatique avec un préavis de douze mois.

3) En ce qui concerne les investissements réalisés jusqu'à la date d'expiration du présent Accord, les articles 1 à 10 s'appliqueront encore pendant dix ans à compter de cette date.

FAIT à Riga le 17 novembre 1994 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et lettone, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
d'Autriche :

FRANZ PARAK

Pour la République
de Lettonie :

VALDIS BIRKAVS
